

Freischwimmen—Mitglied werden



„Auf zu neuen Ufern. Wir wollen uns freischwimmen von eingefahrenen Strukturen und Neues ausprobieren. Wir machen uns auf und

wollen neue Dinge ausprobieren, neue Leute für das GRÜNE Projekt gewinnen. Dabei muss nicht jedeR das Schwimmen neu lernen, denn wir wollen mehr voneinander lernen und die Erfahrung anderer GRÜNER nutzen.“ So steht es auf der Homepage des Ratschlags für politische Personalentwicklung Grüne NRW

www.freischwimmerinnen.de

DIE GRÜNEN Essen haben sich dieser Botschaft angenommen und ein Projekt zur Nachwuchsförderung vorgeschlagen. Dieses Projekt wurde als Modellprojekt für NRW ausgesucht. Es erfüllt das Kriterium, dass es interessante Ansätze bietet und bei erfolgreicher Durchführung zukünftig von anderen grünen Gruppen übernommen werden kann. Damit diese VorreiterInnenfunktion auch erreicht werden kann brauchen wir tatkräftige Unterstützung. In der vor uns liegenden wahlkampffreien Zeit haben wir die große Chance, unsere politische Kultur da zu verändern, wo es nötig ist. Es geht um die Frage: ob unsere Strukturen geeignet sind, um neue Menschen zu gewinnen, Nachwuchstalente zu fördern und die Leidenschaft auch bei den vorhandenen Mitgliedern nicht erkalten zu lassen. Bei unserem Start-up am 02.09.2007 mit dem Thema „Grün wächst nach“ wollen wir das Projekt vorstellen und einen Arbeitskreis dazu gründen. Auch wenn diese Aufgabe zunächst zusätzlichen Aufwand bedeutet, wird es sich am Ende für alle lohnen. Davon sind wir fest überzeugt.

Ihre Steffi Hansmeier-Maas,
Vorstandsmitglied

Bürgerentscheide: 2 x nein stimmt!!!

Am 12. 8. stehen erstmals zwei Bürgerentscheide zur Abstimmung. Beide werden getragen von MLPD, DKP und PDS. Es sind die Ewig-Gestrigen im Denken, die die treibende Kraft hinter den Bürgerentscheiden sind. Keine andere Partei unterstützt diese Anliegen. GRÜNE lehnen sie im Interesse der Stadt entschieden ab. Beide Bürgerentscheide hätten negati-

ve Folgen für die Entwicklung unserer Stadt und würden Stillstand in vielen Bereichen bedeuten. GRÜNE fordern alle dazu auf, bei den Bürgerentscheiden gegen „jegliche Privatisierung“ und gegen den „Masterplan Sport“ mit NEIN zu stimmen. Wir rufen alle Essener Bürgerinnen und Bürger auf, am 12. August bei beiden Bürgerentscheiden mit NEIN zu

stimmen!

Weitere Informationen unter:
www.nein-stimmt.de/



Die Veranstaltung "Schwarz-GRÜN vom Tabubruch zur Normalität?" fällt aus

Leider fällt unsere "Schwarz-Grün-Bilanz-Veranstaltung" am 25. 8. in Essen aus. Die Love-Parade findet in Essen parallel statt und wir befürchten vor allem Verkehrschaos. Die Abschlusskundgebung der Love-Parade findet keine 500 m entfernt vom geplanten Tagungsort statt. Die Essener GRÜNEN befürchten über die An- und Abreise hinaus starke Beeinträchtigungen und haben sich deshalb dazu durchgerungen, die Veranstaltung abzusagen. Wie und ob wir eine neue Veranstaltung planen, werden wir in Ruhe überlegen. Wir spielen ja schon längere Zeit in der zweiten Halbzeit.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Bürgerentscheide gefährden Neubau des RWE-Stadions	1
Veranstaltung fällt aus	1
Vorurteile über den Masterplan Sport	2
Afghanistankonflikt –Diskussionsveranstaltung	5
Energiesparen an Schulen	6
Stimmungsmache gegen Moscheeneubau in E-West	7
Was wird aus der Hespertalbahn?	8
Masterplan Nord?	9
Stromanbieter wechseln	9
Kai Gehring beim Ruhr-CSD	10
Grüne Termine/ Impressum	11

GRÜNE entkräften gängige Vorurteile in Sachen Masterplan Sport

Im Gespräch mit Mehrdad Mostofizadeh, sportpolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion



Mehrdad Mostofizadeh, sportpolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion Essen

Manche behaupten, der Masterplan sei nur ein anderes Wort für Schließungsplan. Was ist da dran?

„Der Masterplan soll Perspektiven für den Essener Sport aufzeigen. In einem ersten Schritt wurde eine Bestandsaufnahme über die bestehenden Anlagen und den Instandhaltungsrückstau gemacht. Darauf wurde ein Konzept entwickelt, dass die bisherigen Trainings- und Spielstunden sichern soll und gleichzeitig die Investitionskosten deutlich reduziert. In einem zweiten Schritt soll ein Konzept für die Bäder erarbeitet wer-

den, das sie attraktiver macht, aber die Kosten insgesamt senkt. Dazu ist es erforderlich alle betrieblichen Abläufe, aber auch das Schwimm- und Freizeitverhalten, genau zu untersuchen. Dies geschieht gerade im Rahmen eines Gutachtens, an dem auch der ESPO und die Sparte Schwimmen beteiligt sind und das vom Bundesfachverband des Bäderwesens zusammen mit dem RVR erstellt wird. Außerdem wollen GRÜNE und CDU, dass auch der Sport gefördert wird, der nicht auf Anlagen stattfindet. Die Mehrheit

der SportlerInnen (über 60%) wir die JoggerInnen, RollschuhfahrerInnen usw, treiben ihren Sport nämlich in der Natur. Auch ihnen sollen adäquate Wege und auch Unterstützung geboten werden. Auch hierzu werden Konzepte erarbeitet und verfeinert.“

„Nimmt die Stadt den Hobbykickern ihre Sportplätze weg, wie der Stadtspiegel am 4.7. schrieb oder haben Kinder künftig keine Platz zum Fußballspielen, wie es MLPD/DKP/PDS behaupten?“

„Nein- es gibt insbesondere auf den gut gebauten Bezirkssportanlagen Überkapazitäten. Alle betroffenen Vereine müssen erst umziehen, wenn die Verwaltung mit ihnen ein Umzugskonzept abgesprochen hat. Darin muss nachgewiesen werden, dass dem Verein entsprechende neue Spielmöglichkeiten für seine Mannschaften zur Verfügung stehen. Den Vereinen gehen keinerlei Trainingszeiten verloren. In vielen Fällen verbessert sich sogar die Umkleidesituation. Der Stadtrat muss diesem Umzugskonzept jeweils zustimmen, vorher passiert gar nichts. Insofern handelt es sich bei den unterstellten Sachverhalten um eine ziemlich

einseitige Verdrehung der Tatsachen.“

„Die Gebühren für die Vereine sollten durch den Masterplan erhöht werden, warum?“

„Die Gebühren sollten nur minimal erhöht werden. GRÜNE und CDU haben verhindert, dass die Gebühren erhöht und die Zuschüsse für die Vereine gekürzt werden. Die Initiatoren für den Bürgerentscheid behaupten immer noch das Gegenteil – im Übrigen auch der Stadtspiegel.“

„Was bedeutet der Masterplan für die Vereine?“

„Zunächst einmal gehen keinerlei Trainings- oder Spielzeiten für die Vereine verloren. Außerdem soll durch kluge Planung dafür gesorgt werden, dass der bestehende Sanierungsstau auf den Anlagen sukzessiv abgebaut wird und sich dadurch die Lage für die Vereine verbessert. An verschiedenen Standorten soll sich die Gesamtsituation durch eine Zusammenlegung oder Verlagerung deutlich verbessern. In Burgaltendorf sollen zusätzliche Platzkapazitäten geschaffen werden, um Mädchenfußball zu ermöglichen. Die Sportanlage an der Bockmühle soll in Kooperation mit den

Schulen und anderen ausgebaut werden und so zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten für den Komplex erreicht werden. Auch in Werden soll in Kooperation mit den Vereinen, Schulen und weiteren Konzepte für eine intensivere Nutzung erarbeitet werden. “

„Warum werden den Vereinen die Plätze nicht übergeben?“

„In Essen betreiben ohnehin viele Vereine die Sportplätze in eigenverantwortlicher Nutzung. Sie erhalten dabei einen Zuschuss von der Stadt. Sie bezahlt die Kosten für Heizung, Strom und Energie und etliches anderes. Außerdem ist die Stadt für die Instandhaltung – also Renovierung und Sanierung der Anlagen zuständig. Wie jetzt auch das Beispiel in Freisenbruch zeigt, sind die Vereine zwar sehr engagiert, aber trotzdem nicht in der Lage aus eigener Kraft die Plätze zu betreiben. Sie würden in den meisten Fällen zumindest an den Investitionskosten für die Erneuerung des Platzes oder der Umkleidegebäude scheitern.“

„Alle Sportplätze zu erhalten, kann doch nicht so teuer sein?“

„Leider doch. Wie oben schon geschrieben, müssen die Plätze und Anlagen ja nicht nur betrieben, sondern auch erneuert werden. Das Konzept des Masterplans ist es deshalb, jene Plätze zu schließen, wo in vertretbarer Nähe gleichgute oder bessere Ausweichmöglichkeiten bestehen. Bei jeder Verlagerung ist es so, dass nicht eine Trainingsminute verloren geht. In verschiedenen Fällen verbessert sich die räumliche Situation sogar beachtlich für die Vereine, da sie auf neu gebaute Bezirkssportanlagen wechseln, wie z.B. in Übrerruhr, wenn dies der Ver-

ein wünscht, bzw. die alte Anlage nicht zu erhalten ist.“

„Warum wird bei Sport gespart, wo doch die Kinder sich heute sowieso kaum noch bewegen?“

„Es muss in allen Bereichen der Stadtverwaltung gespart werden, da Essen jedes Jahr bis zu 300 Millionen € mehr ausgibt, als es einnimmt. Das sind pro EinwohnerInnen mehr als 1000 € ,die zusätzlich an Schulden auflaufen. Dies hängt auch damit zusammen, dass wir mittlerweile fast 180 000 EinwohnerInnen weniger haben als früher. Es kann nicht sein, dass wir unseren Kindern diese Last einfach überlassen. . Natürlich muss sozial gerecht gespart werden. Daher soll durch den Masterplan Sport so gespart werden, dass vor allem den Kindern und Jugendlichen weiterhin ein breites Sportangebot gemacht werden kann. Es fallen keinerlei Sportstunden oder Trainings- und Spielzeiten weg. Außerdem haben GRÜNE und CDU zusammen mit der Stadtverwaltung Konzepte entwickelt, um die Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche zu verbessern.“

„Gerade durch die WM 2006 hat Fußball wieder Zuspruch erhalten, sind die Kinder den Grünen egal?“

„Ganz im Gegenteil. Wir wollen gerade die Vereine stärker fördern, die sich in besonderer Weise für den Jugendbereich engagieren, aber auch für den boomenden Mädchenfußball. Leider scheitert die Förderung der Mädchen an Umkleidemöglichkeiten und speziellen Trainingsangeboten. Hierfür sollen Gelder für Ergänzungsbauten durch den Verkauf nicht mehr benötigter Flächen, wie z.B. in Übrerruhr freigeschaufelt werden.“

Mit Nein Stimmen ist besser als nicht zur Wahl zu gehen!- Also stimmt 2 X mit Nein!

Die Abstimmung wird - ähnlich einer Wahl - in Abstimmlokalen in städtischen Gebäuden durchgeführt. Alle Abstimmungsberechtigten erhalten eine Benachrichtigung, der das Datum 12. 8. und das Abstimmlokal zu entnehmen sind. Die Abstimmung erfolgt vor einem Abstimmungsvorstand mit amtlich hergestellten Abstimmzetteln unter Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze.

Die zur Entscheidung gestellte Frage ist in dem Sinne. Entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen entschieden wurde.

Diese Mehrheit der abgegebenen Stimmen muss in ihrer absoluten Zahl mindestens 20 % der in dem betroffenen Gebiet lebenden Bürgerinnen und Bürger entsprechen.

Soll also der Bürgerentscheid bei einer beispielhaften Fragestellung "Soll der Ratsbeschluss vom ... zur Schließung des ... aufgehoben werden?" erfolgreich sein, so müssen nicht nur mindestens zwanzig Prozent der Abstimmungsberechtigten an der Abstimmung teilnehmen, sie müssten auch alle mit "JA" abstimmen.

Also unser erstes Ziel ist, möglichst viele dazu zu bewegen, 2x mit Nein zu Stimmen, damit beide Bürgerentscheide scheitern.

Die zweitbeste Lösung ist, es, Leute dazu zu bewegen sich nicht an der Wahl zu beteiligen oder dich zu enthalten..“

RWE- Stadionneubau nur bei 2 x Nein zu den Bürgerentscheiden möglich!



Wer den Neubau eines Stadions für Rot-Weiß- Essen befürwortet – wie wir – der muss deshalb am 12.8. zweimal mit Nein stimmen.

Am 12. 8. gibt es zwei Bürgerentscheide in Essen. Falls einer der beiden Bürgerentscheide Erfolg hätte, könnte in den nächsten zwei Jahren kein Stadionneubau an der Hafenstraße erfolgen. Beide Bürgerentscheide fordern, dass RWE-Stadion und Grundstück städtischer Besitz bleiben. Die einen, weil sie den Verkauf des RWE-Stadions als Privatisierung ablehnen. Die anderen, weil sie alle Sportanlagen im städtischen Besitz erhalten wollen. Damit könnte RWE keinen Neubau beginnen.

Die schrumpfende und alternde Stadt hat einen Nothaushalt, mit 2,2 Milliarden Verbindlichkeiten und gibt im Jahr ca. 200-300 Millionen Euro mehr aus, als sie einnimmt. So kann das nicht weiter gehen! Damit ist nicht nur für GRÜNE der Zwang zum Sparen in allen Bereichen städtischer Ausgaben gegeben. Auch damit die Stadt künftig ihre Sportstätten erhalten und pflegen kann. Deshalb kann die selbst in finanziellen Nöten befindliche Stadt nur einen begrenzten Anteil der Kosten eines neuen Rot-Weiß Stadions übernehmen. Zugesagt hat die Stadt 7,5 Millionen Euro per Ratsbeschluss und das Grundstück als Mitgift für eine erfolgreiche Zukunft des RWE obendrauf- mehr ist nicht machbar. Das aber gefährden die Bürgerentscheide und somit den gesamten Neubau! Für die Stadt ist der Neubau auch dringlich, weil ansonsten weitere unnötige Reparaturen an dem maroden Stadion vorgenommen werden müssen. Wenn es unter der bisher abgesprochenen finanziellen Rahmenbedingung zum gewünschten Neubau kommt, spart die Stadt dann Zuschüsse an RWE in Höhe von 500.000, Euro jährlich ein. Das hilft der Stadtkasse langfristig.

Vorstand des Kreisverbands Essen

Bürgerentscheide und RWE-Stadion nachgekartet oder alles Lüge?

SPD, CDU, GRÜNE und das Rechtsamt samt Oberbürgermeister der Stadt Essen gehen davon aus, dass die Bürgerentscheide den Neubau eines RWE-Stadions gefährden.

Zu Recht!. Eindeutig ist zweierlei: Das RWE-Stadion samt Grundstück ist ein wesentlicher Vermögenswert der Stadt Essen. Die Abgabe solcher Vermögenswerte an „Private“ will das Bürgerbegehren generell verhindern. Der verklausulierte Text für diesen Bürgerentscheid ist sowieso nur Menschen verständlich, die Jura studiert haben. Möge doch jeder Bürger den Text lesen und sich fragen, ob er versteht was damit gemeint ist. Patrik Köbele (DKP) behauptet nun, dass RWE-Stadion gehöre nicht den für die Daseinsvorsorge erforderlichen Vermögenswerten der Stadt und sei deshalb nicht gemeint. Dies ist seine subjektive Wertung. Der Begriff Daseinsvorsorge ist juristisch nicht eindeutig definiert. Die Betreiber des Entscheids, also somit auch die DKP haben es unterlassen, den Begriff eindeutig zu fassen, weil sie eine Generalklausel wollten. Sie haben sich in den Fallstricken ihrer eigenen Formulierungen verfangen. Oder soll man jedes Mal bei den Initiatoren ihre Interpretation ihres Textes abfragen- das kann es ja wohl nicht sein!

Weitere Informationen unter www.nein-stimmt.de mit Informationen der GRÜNEN zu den Bürgerentscheiden

Afghanistan: Bundeswehreinsatz, Tornados und/oder zivile Offensive? Wie weiter mit der Bundeswehr?

Die Lage in Afghanistan ist in einem Umbruch. Seit dem Irakkrieg der USA nehmen Anschläge zu, finden die Taliban wieder mehr Unterstützung. Seit Monaten ist klar, dass der Staatsaufbau in Afghanistan deshalb vor wachsende Probleme gestellt wird. Vor diesem Hintergrund gab es über die Entsendung der Tornados nach Afghanistan bei GRÜNEN eine kontroverse Debatte. Die Operation Enduring Freedom wird dabei zunehmend kritisch beurteilt. Vor allem die Meldungen über die ansteigende Anzahl, auch ziviler, Opfer von Kampfhandlungen bereiten uns große Sorge.

Zudem wurden auf den Landesparteitagen von Bündnis 90/ Die Grünen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz weitgehende Beschlüsse für einen Strategiewechsel gefasst.

Einig sind sich die GRÜNEN darin, dass die Förderung des zivilen Aufbaus in Afghanistan eindeutig Vorrang haben sollte. Eine umfassende zivile Aufbaustrategie ist langfristig das einzig richtige Mittel, Afghanistan zu stabilisieren. Die Ausgaben für die

Militäreinsätze übertreffen aber die Investitionen für den Wiederaufbau des Landes.

Zur Vorbereitung der Abstimmung über eine mögliche Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Rahmen des ISAF-Einsatzes diskutieren GRÜNE bundesweit darüber, welche Maßnahmen zur Entwicklung eines die Menschenrechte respektierenden Staates in Afghanistan hilfreich sind. Eine Sonder-BDK der GRÜNEN, gegen die die Mehrheit des KV Essen gestimmt hat, wird am 15. September in Göttingen stattfinden. War die Tornado-Entsendung richtig oder nicht- soll die Bundeswehr weiter ihre Aufgabe in Afghanistan wahrnehmen? Braucht der zivile Aufbau in Afghanistan eine militärische Absicherung oder verschlimmert der Militäreinsatz die Lage?

Tom Koenigs als GRÜNER und Sonderbotschafter für Afghanistan fordert ein klares Ja für die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes. Claudia Roth befürwortet die Verlängerung, lehnt aber die Beteiligung an Kampfeinsätzen im Süden Afgha-

nistans unter Führung der USA und eine Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF) ab. Darüber hinaus stellt sich für viele GRÜNE sicherlich die Frage nach einer Beendigung der Bundeswehreinsätze in Afghanistan überhaupt.

Es sind drei Fragen, die zu entscheiden sind: Die Beteiligung an OEF, der Tornadoeinsatz und die Beteiligung am ISAF-Einsatz.

Laut Umfragen ist die Mehrheit der Bevölkerung für den Rückzug der Bundeswehr.



In Essen diskutieren GRÜNE über Afghanistan und den Bundeswehreinsatz am 22. 8 (Mi) um 19.00 Uhr mit den Bundestagsabgeordneten

Winni Nachtwei (Münster) verteidigungspolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion, der sich gegen die Tornadoeinsätze ausgesprochen hat, und Kai Gehring (MdB, Essen), der sie befürwortet hat.

Die Veranstaltung findet im Forum Kunst und Kultur am Kopstadtplatz 12 statt.

Energiesparen an Schulen

GRÜNE beantragen die Fortsetzung des fifty/fifty- Schulprojekts

Anfang August werden wir einen Antrag in den zuständigen Ratsausschuss einbringen mit dem wir die Fortführung der erfolgreichen Aktion fifty/fifty erreichen wollen. Anfang des Jahres ist das wegweisende Projekt ausgelaufen und bis jetzt von der Verwaltung nicht wieder verlängert worden.

Wir halten dieses Schulprojekt für einen guten Beitrag für eine effizientere Energienutzung in Essen und somit einen wichtigen Baustein in unseren Bemühungen uns aktiv für den Klimaschutz zu engagieren, betonen GRÜNE die Wichtigkeit dieses Projekts.

Mit der Aktion fifty/fifty sollen Schulen motiviert werden, durch umweltfreundliches Nutzerverhalten so viel Energie wie möglich einzusparen. Damit dies nicht nur zum Nutzen der Umwelt, sondern auch zum Nutzen der teilnehmenden Schulen und Kommunen geschieht, wurde das finanzielle Anreizsystem fifty/fifty entwickelt.

Der Anreiz von fifty/fifty besteht darin, dass jeder teilnehmenden Schule 50% der durch bewusstes Nutzerverhalten eingesparten Energiekosten zur freien Verfügung gestellt werden.

Motivation zum mitmachen

Schüler/innen, Lehrer/innen und Hausmeister/innen sind also aufgefordert, durch einfach durch-



Energiesparlampen senken die Stromkosten für Beleuchtung um bis zu 80 Prozent. Weil sie effizienter sind als herkömmliche Glühlampen und dazu eine etwa 10-mal längere Lebensdauer besitzen, rentiert sich der Kauf von Energiesparlampen bereits nach kurzer Zeit. Durch den Einsatz von nur 10 Energiesparlampen lassen sich schon rund 80 Euro im Jahr sparen. Bewegungsmelder könnten die Brenndauer von Lampen verringern...und und..

zuführende Energie-sparmaßnahmen Wärme und Strom und evtl. auch Wasser und Abfall zu sparen. Es geht also nicht um Energieeinsparungen mit hohem Investitionsbedarf, wie z.B. Wärmedämmung der Fassade, Einbau neuer Fenster oder Anschaffung einer Heizungsanlage mit höherem Wirkungsgrad.

Sondern es geht um einen energiebewussten Alltagshandeln bei der Benutzung von Thermostatventilen, Lampen, sonstigen elektrischen Geräten und beim Lüften. Und es geht zum anderen um den richtigen Einsatz der vorhandenen Hei-

zungs-, Energie- und Regelungstechnik. Hierzu gehört z.B. Nacht-, Wochenend- und Ferienabsenkung der Temperatur, sinnvolle Schaltung der Beleuchtung in Fluren und Treppenhäusern und die Reduzierung der Beleuchtungsstärke auf die in der DIN vorgegebenen Werte.

Sparen belohnen

Das vorgeschlagene Belohnungssystem ist leistungsorientiert, d.h. es werden diejenigen Schulen am stärksten belohnt, die am meisten Energie sparen. Ein solches Anreizsystem ist jedoch nur mit begleitenden Berechnungen durchführbar, wobei der

alte und der neue Energieverbrauch miteinander verglichen werden.

Die Hälfte der aus dem Energieminderverbrauch ermittelten finanziellen Einsparungen wird den Schulen erstattet. Aus dieser Aufteilung der Sparsumme, 50% für die Schule und 50% für den Schulträger, hat fifty-fifty auch seinen Namen. „Sinnvoller Nebeneffekt bei diesem Projekt ist außerdem, dass wir Kinder und Jugendliche früh für Klimaschutz und Umgang mit Energie sensibilisieren. Eine Win-Win-Situation für alle, die Schule, die Stadt, die Klima“, freuen sich GRÜNE.

Lars Kramm,

sachkundiger Bürger der GRÜNEN

Moscheebau in Altendorf: Sachlichkeit statt Stimmungsmache!



Tag der offenen Moschee in Essen-Katernberg

„Wer einen Moscheeneubau in Essen-West verteu-
felt, ohne etwas Genaues über die Pläne zu wis-
sen, setzt sich des Verdachts aus, von unlauteren
Motiven geleitet zu sein“, so Doris Eisenmenger,
GRÜNE Schatzmeisterin aus Altendorf

Die Wegzugsdrohungen der Firma NOWEDA sind
ein dreister Versuch, die Stadtpolitik negativ zu be-
einflussen. Was bisher von interessierter Seite in
der Presse lanciert wurde, dient in erster Linie der
Stimmungsmache.

Man muss kein Freund des Islam sein, um nachzu-
vollziehen, dass die Altendorfer Muslimsche Ge-
meinde nach Jahrzehnten im Hinterhof endlich ei-
nen vernünftigen Versammlungsort einrichten will.
Solch ein Vorhaben ist aus GRÜNER Sicht grund-
sätzlich zu begrüßen.

Alles was rund um das Gelände an der Lagerhalle
in der Hagenbeck bisher passiert ist, wird merkwür-
digerweise gegen die türkische Gemeinde gewen-
det.

Die Reinigung des Grundstücks von Wildwuchs und
Unrat gerät zur Baumfällung und die Einzäunung
wird als feindseliger Akt gedeutet. Dabei handelt
jeder Grundstücksbesitzer in diesem unseren Land
so, ohne dass man darüber ein Wort verlieren
muss.

Die Klage, man wisse nichts, war scheinheilig.
Nachdem DTIB in der Vergangenheit mehrfach

scheiterte weil andere Immobilien jeweils
noch im letzten Augenblick vor Vertrag-
abschluss für andere Zwecke gebraucht
wurden, ist es doch kein Wunder, dass
man sich zunächst ein Grundstück sichert.
Wie dies genutzt wird, in welchem Umfang
dort ein Moscheebau möglich ist, was mit
der Moschee an Sozialräumen usw. ge-
plant wird und ob der Bebauungsplan das
zulässt, kann man sachlich klären. Die frü-
heren Lieferverkehre großer Lastwagen
dürften das Gewerbegebiet wohl mehr be-
lastet haben, als zahlreiche PKWs, die
z.B. zum Freitagsgebet vorfahren. Au-
ßerdem liegt die ehemalige Lagerhalle
unmittelbar am S-Bahnhaltepunkt Frohn-
hausen. Wenn es wirklich nur um Ver-
kehrsprobleme gehen sollte - sind sie mit
Hilfe von Stellplatzverordnungen zu lö-
sen.

„Die Stimmungsmache vorab ist aber
unseriös und dient nicht der Integration und dem Dia-
log. Muslime haben das Recht, wie andere Glaubens-
richtungen auch -, ihre Religion auszuüben. Wenn sie
dafür in einen ansehnlichen Bau investieren, ist das
gut für die Stadt“ so das abschließende Urteil von Do-
ris Eisenmenger.

Das KWI (Kulturwissenschaftliche Institut) hat sich
angeboten, Vermittlungsversuche unter der Voraus-
setzung zu übernehmen, dass das Grundrecht auf
Religionsausübung für Muslime anerkannt wird. Sei-
tens der GRÜNEN hat Burak Copur, Vorsitzender des
Integrationsrates der GRÜNEN, dieses Angebot aus-
drücklich unterstützt.

Der DTIB hat in der Zwischenzeit seine Baupläne jetzt
auf einer öffentlichen Veranstaltung mit 150 Teilneh-
merinnen vorgestellt. Die Fabrikhalle soll zur Moschee
umgebaut werden und es werden neunzig Parkplätze
errichtet. Dies reicht für den Alltag der Gemeinde aus.
Die Moschee ist eine für die im Stadtteil lebenden
Türken. Auf der Veranstaltung viel aber auch das ein
oder andere unsachliche Wort. Höhepunkt der Ent-
gleisungen war ein Zwischenruf. Erst mal abstimmen,
ob ihr überhaupt erwünscht seid.

Schließlich ist das Ergebnis aber positiv. Der Entwurf
für den Umbau der Fabrikhalle scheint genehmi-
gungsfähig zu sein. Geplant ist eine Moschee für die
Altendorfer Gemeinde mit 200 Plätzen und Sozialräu-
men. 90 neue Parkplätze werden ebenfalls geschaf-
fen.

J. Drell

Ortstermin bei der Hespertalbahn

Durch das Ende der Zementfabrik am Ufer des Baldeneysee in Kupferdreh ergibt sich eine städtebauliche Möglichkeit, den Stadtteil direkt zum Seeufer hin zu entwickeln. Das bereits geräumte Grundstück bietet sich für eine Wohnbebauung an. „Wohnen am Wasser“ kann hier realisiert werden. Die Hespertalbahn. Die Bahnstrecke führt vom alten Bahnhof Kupferdreh, heute Lukas, am See entlang zum Haus Scheppen. Das Bahngelände, der Abstellplatz für Lokomotiven und Waggonen und vor allem der Bereich, für die Reparatur und Restaurierung der historischen Fahrzeuge sowie der genehmigte aber noch nicht gebaute Lockschuppen passen nicht zu den geplanten Einfamilienhäusern. Einigkeit besteht, dass die historische Hespertalbahn erhalten bleiben soll. Der Vorschlag der Verwaltung sieht vor außer der Schienenstrecke, die Hespertalbahn an ihren Endpunkt nach Haus Scheppen zu verlagern. Die Kosten sollen

vom Investor der Wohnbebauung übernommen werden. Das geplante Betriebsgelände am Haus Scheppen liegt aber im vom RVR, mit hohen Kosten renaturierten Landschaftsschutzgebiet der ehemaligen Zeche Pörtingsiepen. Die untere Landschaftsbehörde hat bereits ihre Ablehnung signalisiert. Für GRÜNE eine schwierige Entscheidung zwischen wünschenswerter Stadtteilentwicklung in Kupferdreh und dem Landschaftsschutz am Haus Scheppen. Doch zwischen dem Gelände und dem Ufer des Baldeneysee liegen die Schienen und das Betriebsgelände der Hespertalbahn. Vor einer Entscheidung in den Bezirksvertretungen und im Rat haben sich Rolf Fliß, Lars Kram (Fraktion) und Angelika Gabriel-Meier BV VIII, Angela Hansel und Heribert Rüsing BV IX vor Ort informiert. Bei Gesprächen mit Vertretern des „Vereins zur Erhaltung der Hespertalbahn“ haben wir auch unsere Vorschlag einer Aufteilung der von der Hespertalbahn benötigten Flächen auf zwei Standorte erläutert.



Auf einer Lok der Hespertalbahn Rolf Fliß und Lars Kram (GRÜNE9)

TIPPS UND TERMINE

Grün wächst nach am 2. 9.2007 um 11.30 im Unperfekthaus

An diesem Tag werden wir, die GründerInnen des Modellprojektes (das sind Lars Kramm, Vera Etterich, Stefanie Hansmeier-Maas und Matthias Friedrich) in netter Atmosphäre in unser Konzept einführen.

Dabei werden die unten aufgeführten vier Bausteine zur Nachwuchsförderung vorgestellt und mit Inhalten gefüllt.

- Neue Mitglieder
- Talentsuche
- Gestaffeltes Mentoring
- AG's gründen/reaktivieren

Wir verfolgen mit diesem Projekt zwei Ziele. Einmal ist es uns wichtig, dass GRÜN nachwächst und wir in 2009 in der Lage sind unsere Listen für Stadtrat und Bezirksvertretungen frisch (neue Gesichter, junge GRÜNE) und quotiert zu besetzen. Dabei würden wir uns, obwohl wir ja eine friedliche Partei sind, über „Kampfabstimmungen“ sehr freuen, würde dies doch bedeuten, dass es mehr Interessierte gibt als Posten da sind.

Zum zweiten haben wir auch den Ehrgeiz, als gute VorreiterInnen da zu stehen.

Diese Ziele können aber nur erreicht werden, wenn viele aktiv mitmachen, sei es als NachwuchsfördererIn, als IdeengeberIn, als Nachwuchs. (siehe Editorial)

Im Grunde geht dieses Thema uns alle an, die GRÜNER Politik starke Gestaltungsmacht verleihen wollen. Die politischen Themenfelder lassen sich zur Zeit sehr gut mit GRÜNEN Inhalten füllen. Nutzen wir diese Chance, Menschen für die politische Arbeit zu gewinnen. Sie sind unsere wichtigste Ressource.

Also, macht bitte mit, seit dabei, wir freuen uns auf Dich.

L. Kramm/ V. Etterich/
S. Hansmeier-Maas/ M. Friedrich

Kais Brief zum CSD in Essen

Liebe Freundinnen und Freunde,
am 21. Juli erlebte Essen den bisher größten **Christopher-Street-Day (CSD)** seiner Geschichte. Knapp 8000 Menschen veranstalteten mit diesem politischen Feiertag der Schwulen- und Lesbenbewegung ein großes Spektakel auf dem Kennedyplatz. Neben dem bunten Programm des „CSD Ruhr“ auf der Bühne – bestehend aus Musik, Show und Politik – war das umfassende Informationsangebot engagierter Initiativen, Verbände und Organisationen Hauptgrund für den großen Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger aus Essen und Umgebung. Durch unseren GRÜNEN Infostand, zahlreiche Gespräche mit Besuchern und meine Teilnahme am Politik-Talk haben wir auf dem CSD für eine **starke GRÜNE Präsenz** gesorgt.

Mir war dabei wichtig, die Ziele des CSD herauszustellen: eine **diskriminierungsfreie Gesellschaft**, die Vielfalt respektiert und wertschätzt, sowie die vollständige Gleichberichtigung von Lesben und Schwulen. Denn noch immer sind – aller gesellschaftlichen Liberalisierungen zum Trotz - Homosexuelle alltäglichen Benachteiligungen ausgesetzt. Die Bundes-CDU will die Diskriminierung einer ganzen Bevölkerungsgruppe sogar zum Grundsatzprogramm erheben, indem sie die Gleichstellung homosexueller Paare prinzipiell ablehnt. Wer solche Grundsätze formuliert zeigt, dass für sie oder ihn Schwule und Lesben Menschen zweiter Klasse sind. Denn: **Alles andere als Gleichstellung ist Diskriminierung!**

Wir wollen, dass Lesben und Schwule als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität anerkannt werden. Das Lebenspartnerschaftsgesetz war hierfür ein wichtiger Meilenstein und GRÜNER Regierungserfolg. Aber dieser Weg muss nun weitergegangen werden, auch wenn die große Koalition hier mauert: Volle Gleichstellung der Lebenspartnerschaft, Adoptionsrecht und Akzeptanzförderung im Alltag stehen weiterhin auf unserer politischen Agenda. Leider fehlt noch immer ein ganzes Stück zum Glück. Wir GRÜNE sagen klar: **Gleiche Rechte – nur das ist fair.** Genau um diese Punkte ging es bei der politischen Diskussion auf der CSD-Bühne. Moderiert vom Chefredakteur des Schwulen- und



Diskussion mit Kai Gehring, MdB, GRÜNE beim Ruhr-CSD in Essen

Lesbenmagazins EXIT, Marc Kersten, diskutierte ich mit anderen Landes- und Europaabgeordneten, über die Gleichstellung der Eingetragenen Partnerschaft mit der Ehe sowie weitere Schritte zu einer ambitionierten Antidiskriminierungspolitik. Jahrelang wurde z.B. über das „**Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz**“ (AGG) gestritten, im August 2006 ist es endlich beschlossen worden – leider in verwässerter Form. FDP und Union hatten dabei allen Ernstes gefordert, Lesben und Schwule aus dem Diskriminierungsschutz beim Zugang zu Gütern, Dienstleistungen oder Versicherungen auszuschließen. Es war ein Zeichen einer sich wandelnden Gesellschaft, dass sie damit gescheitert sind.

Gerade die **Situation von lesbischen und schwulen Jugendlichen** liegt mir besonders am Herzen: Ihnen fällt es oft schwer, in ihrem Umfeld offen zu ihrem Anderssein zu stehen. Grund hierfür ist, dass gleichgeschlechtlich orientierte Jugendliche nach wie vor mit Vorurteilen, Diskriminierung, Mobbing und Gewalt stark konfrontiert werden. „Schwule Sau“ ist die häufigste Beschimpfung auf Schulhöfen und

in Klassenzimmern. Verbale, psychische und körperliche Gewalt geht meist von Gleichaltrigen aus. Dies zeigt: Schulen sind vielfach zentrale Orte der Diskriminierung – auch in Essen. Es ist beschämend, dass das Selbstmord-Risiko bei homosexuellen Jugendlichen viermal (!) höher liegt als bei heterosexuellen. Daher ist es dringend erforderlich, schwule und lesbische Jugendliche in ihrem Coming Out zu unterstützen und Diskriminierung in Schulen und Jugendeinrichtungen zurückzudrängen. Null Toleranz gegenüber Intoleranz – das muss die Maxime sein. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir in allen Essener Schulen und Jugendeinrichtungen eine Aufklärungs- und Informationsoffensive. Es muss selbstverständlich sein, dass Jugendliche über gleichgeschlechtliche Lebensweisen klischeefrei informiert werden. Hierbei sind Lehrerinnen und Lehrer besonders gefordert, Homosexualität zu thematisieren sowie schwules lesbische Jugendliche gemeinsam mit professionellen Organisationen und Verbänden zu unterstützen.

Herzliche Grüße aus Essen und
der
sommerlichen Wahlkreisarbeit,
euer :> Kai (Kai Gehring, MdB)

Stromanbieter wechseln- Atomstrom abschalten



Vattenfall laufen die Kunden scharenweise weg, berichtet die Presse. Worauf warten sie noch? Auch der Atomstromkonzern RWE, der zudem mit der schmutzigen Braunkohle seine Geschäfte macht, wartet auf ihre wohlverdiente Kündigung. Wann, wenn nicht jetzt ist die Zeit reif zum Wechsel, wo sich das Märchen von den sicheren deutschen Atomkraftwerken erneut in Krümmel aufgelöst hat? Wechseln ist einfach. Machen Sie mit. Informieren sie sich! Stimmen Sie mit Ihrem Geldbeutel ab und wechseln Sie zu 100% sauberem und umweltfreundlichem Strom! Unter www.atomausstieg-selber-machen.de läuft die entsprechende Kampagne von Umweltverbänden und GRÜNEN. Hier können sie ihren „Ökostromanbieter“ aussuchen. Alles andere regelt ihr künftiger Energielieferant mit dem RWE. GRÜNE empfehlen: greenpeace energy www.greenpeace-energy.de, LichtBlick www.lichtblick.de, Naturstrom, www.naturstrom.de und die Elektrizitätswerke Schönau www.ews.schoenau.de.

„Masterhaftes im Norden“

Der eigentlich wichtige Plan für Essens wirtschaftliche und soziale Zukunft und besonders des Essener Nordens heißt regionaler Flächennutzungsplan und der wird in den nächsten Monaten in erster Fassung in der Bezirksvertretungen und im Rat debattiert. Ein zusätzlicher Masterplan Essener Norden wird da kaum weiterhelfen. Trotzdem bleibt festzuhalten: Das soziale Nord-Süd-Gefälle in Essen ist nicht durch die schwarz-grüne Kooperation in den letzten Jahren entstanden, mit städtischen Mitteln aber auch kaum aufzuheben. Vielleicht aber dadurch, dass eine Schwarz-rote Bundesregierung endlich ihre Steuersenkungsorgien zugunsten der Industrie aufgibt und damit für eine ausreichende Finanzierung auch der Kommunen sorgt.

Die SPD hatte Essen von 1956 bis 1999 regiert. Ihre kommunalpolitischen Entscheidungen prägen bis heute weite Bereiche der Stadt. Einige Beispiele – Die als neue soziale Brennpunkte gekennzeichneten Wohnblöcke an der Karolinger Str. waren der ausdrückliche Wunsch der damaligen SPD Mehrheit. Das riesige Gewerbegebiet Eco-Nova am Stadthafen mit dem Schwerpunkt, dort auch Raum auch problematische Recycling-Unternehmen zu schaffen, wurde mit SPD-Mehrheit beschlossen. Jetzt aber tut die Nord-SPD so, als wären diese Pläne eine schwarz-grüne Erfindung. Bis heute auch leidet die Stadt Essen unter den Verkäufen der ALLBAU und Stadtwerke Anteile, mit denen 1999 die Novack-SPD ihre Regierungszeit verlängern wollte.

Wenn diese SPD aber einmal die Möglichkeit hätte, mit ihren Ratsstimmen für eine andere Richtung der Stadtpolitik zu sorgen, versagt sie.

Hätte die SPD sich nicht in der letzten Ratssitzung dazu hergegeben, für ein paar läppische Sponsoring-Mittel beim RWE-Stadion, eine Neuaushandlung der Steag Fernwärmeverträge bewusst zu verschlafen, wäre die Stadt Essen in den nächsten Jahren um mehrstellige Millionensummen reicher. Allein mit den Geldern einer Entscheidung gegen die überholte Kohlelobby, hätten wir einen wunderschönen Masterplan Essener Norden auflegen können.

W. Wandtke

Ein Dreh- und Angelpunkt: Das Geld

Unser Geld hat weit reichende Wirkungen in alle Lebensbereiche hinein, ohne dass wir uns dessen wirklich bewusst sind.

Wir sind so an unser Geldsystem gewöhnt, dass wir uns kaum vorstellen können, dass Geld anders beschaffen sein könnte. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass es in früheren Zeiten tatsächlich andere Geldsysteme gegeben hat und erstaunlicherweise damit eine anderer Gesellschaftsstruktur verbunden war. Geld hat offensichtlich eine Wirkung darauf, wie wir leben, denken, fühlen und handeln und umgekehrt haben unsere Vorstellungen und Gefühle eine Wirkung auf die Wahl unseres Geldsystems.

Die Betrachtung unseres Geldsystems mit seinen Folgen, der Blick auf die Wirkung anderer Geldsysteme in der Vergangenheit sowie schließlich Beispiele für neue Wege in der heutigen Zeit sind Gegenstand des Vortrags.

Zeit: 9. September 2007 von 15-18 Uhr mit Kaffeepause

Ort. Mütter- und Familienzentrum Essen e.V. im Kunsthaus Essen-Rellinghausen, Rubezahlstr.33

Referentin: Dr. Susanne Wiegel

Kosten: 8 Euro oder 12 Kohlen für Tauschmitglieder

Grüne Termine

WANN			WO	
8.8.	Mi	19.00	Frohnhausen	Stammtisch der GRÜNEN E-West im „jetzt & hier“, Lüneburger Str. 40
8.8.	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfahlenstr. 298 (2.Mi)
8.8.	Mi	20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Girardetzentrum (2.Mi)
9.8.	Do	20.00	Borbeck	GRÜNER Treff in Borbeck im Wirtshaus, Germaniastr. 230
11.8.	Sa	11.00	Kennedyplatz	Umweltmarkt der Stadt Essen u.a. GRÜNER Infostand zum Klimaschutz
12.8.	So	8.00-18.00	Essen	Nein stimmt! Stimmen Sie beiden Bürgerentscheiden 2x mit Nein!
13.8.	Mo	20.00	Wasserturm	Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Huttrop Gaststätte Michelshof, Steubenstr. 61
14.8.	Di	20.00	Limbecker Str	Verkehrs AK der GRÜNEN
18.8.	Sa	10.30	Dortmund	Ausbildungsmisere: Eine Lösung ist möglich! GRÜNER Kongress, Reinoldium, Schwanenwall 34
19.8.	So	9.30	Willy-Brandt-Platz	EFI-Radtour ins Neandertal 45 oder 90 km, bergig/sportlich, Rückfahrt per Bahn möglich
19.8.	So		Baldeneysee	Drachenboot-Festival – mit GRÜNEM Boot?
20.8.	Mo	19.30	Zeche Carl	Stammtisch der GRÜNEN Nord mit Kai Gehring (MdB)
22.8.	Mi	19.00	Forum „Kunst und Kultur“	Afghanistan: Was heißt Vorrang für den zivilen Aufbau für den Bundeswehreinsatz? GRÜNE Diskussion mit den MdBs Kai Gehring und Winni Nachtwei, Kopstadtplatz 12
22.8.	Mi	19.00	Altenessen	Treffen der BI „Stoppt A 52“ in der evang. Gemeinde, Hövelstr. 73
23.8.	Do	18.30	Limbecker Str. 48	Junge Grüne Schwerpunkt MV der GRÜNEN Jugend NRW
25.8.	Sa	fällt	aus wg der loveparade	Schwarz-Grün: Tabubruch oder Normalität? Halbezeitbilanz der kommunalen Zusammenarbeit in E, Du und anderswo, Böllstiftung im Strathmanns Theater
31.8.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393
2.9.	So	11.30	Unperfekthaus	Start up - Neues ausprobieren für neue Mitglieder Friedr-Ebertstr.
2.9.	So	9.30	Willy-Brandt-Platz	EFI-Radtour nach Oberhausen Eisenheim und ins rheinische Industriemuseum, 31 km, gemütlich, 2. Treff 10.00 Uhr Bhf Borbeck

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer „GRÜNEN Zeiten“ von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum haben. Wenn Sie eine regelmäßige Zusendung des Newsletters „GRÜNE Zeiten“ wünschen, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre Email-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich. Es liegt uns fern, Sie unangenehm mit E-Mails zu belästigen.

Impressum Newsletter

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Essen
Limbecker Str. 48-50
45127 Essen
Tel.:0201- 24764-33
Kreisverband@gruene-essen.de
Redaktion: J. Drell, H. Pless und
alle Vorstandsmitglieder
Gestaltung: F. Yaldizli